

# Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Sütten- und chemischen Industrie

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1,50 Mk. Anzeigenpreis die Spalte, Colonne für Arbeiter, gewöhnlich 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 Mk.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seltensstraße 17. Fernruf 535. Schluß der Redaktion: Samstag, morgens 11 Uhr. Aufschriften und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Ausschließliche Anzeigenannahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Nummer 16.

Duisburg, den 20. April 1918.

19. Jahrgang.

## Unternehmertum und Arbeiterchaft im neuen Deutschland.

IV.

Zu Beginn dieser Artikelserie haben wir uns drei Punkte vorgelegt: Die Wirtschaftslage, ihre Rolle in der Uebergangszeit. Wie soll unsere Wirtschaft gehoben werden? Die Stellung von Unternehmertum und Arbeiterchaft im neuen Deutschland. Wir sahen, daß für die auch in absehbarer Zeit noch schwerwiegende deutsche Wirtschaft die Steigerung der Produktivität in jeder Form die Grundlage abgeben muß für ein Emporkommen. In den sozialistischen Monatsheften vom November 1916 wird im Hinblick auf die kommenden harten Zeiten „die Förderung und Intensivierung der Produktion sogar als ethische Aufgabe“ hingestellt. Im neuen Deutschland muß aus dem Recht auf Arbeit eine Pflicht zur Arbeit werden, was die Arbeiterchaft stets erfüllte, in manchen anderen Kreisen aber als Sonntagsnachmittagsbeschäftigung angesehen wurde. Mittel und Wege können auch hier ausfindig gemacht werden, um jede verfügbare Kraft in den Diensten der neuen Wirtschaft zu stellen. Daß die notwendige Steigerung der Produktion bei den gegenwärtigen Umständen für die Allgemeinheit eine der härtesten Aufgaben bedeuten dürfte, braucht kaum erörtert zu werden. Wir müssen, um unsern Absatz auf dem Weltmarkt wieder zu erlangen, ohne den besonders die Arbeiterchaft schwersten Tagen entgegenzugehen, am schnellsten, am besten und am billigsten helfen. Dieses nun auf Kosten sehr heruntergedrückter Löhne erreichen zu wollen, wie es hier und dort in manchen Artikeln zwischen den Zeilen zu lesen ist, würde die ungeheuersten sozialen Kämpfe hervorrufen, in denen die Arbeiterchaft um ihre Rechte streiten müßte, ganz abgesehen davon, daß heruntergedrückte Löhne eine schlechte Lebenshaltung und deshalb eine verminderte Produktion zur Folge haben würden.

So bleibt also nichts anderes übrig, als daß der Staat eingreift und Geldmittel zur Verfügung stellt, um unsere Produktion zu fördern. Diese neue Belastung würde naturgemäß die Allgemeinheit noch mehr bedrücken. Vorteil und Nutzen könnte sie vorläufig auch noch nicht aus der erhöhten Produktion ziehen, es wird so ziemlich alles eine Zeitlang Null um Null ausgehen. Infolge dieser scharfen Belastung würde die Allgemeinheit, wie wir in der vorigen Nummer schon ausführten, in Wirklichkeit an unserer Produktion leiden. Sie erträgt das nicht aus Liebe zur Industrie oder zum Einzelinteresse, sondern weil das eigene weitere Leben der Allgemeinheit von der erhöhten Produktion mit abhängt. Deshalb müssen wir alle Kräfte für sie anspannen und leben, damit wir aus diesem Chaos herausbekommen.

Wie steht es nun weiter um die Hebung der Wirtschaft?

Die ungeheure Verschiebung der Weltmarktlage, der furchtbare finanzielle Schuldenbruch auf Deutschland, den man früher auf 180 Milliarden Mark insgesamt veranschlagen darf, werden auch für unser Wirtschaftsleben entscheidende Wirkungen mit sich bringen. Ob und inwieweit Verstaatlichungen oder Übernahme gewisser Erwerbszweige durch die Gemeinden möglich und wünschenswert ist, ist eine Frage, bei der man vorläufig noch im Dunkel tapelt. Der Ruf nach der organisierten Wirtschaft im Gegensatz zu der unorganisierten Privatwirtschaft scheint sich als Zeichen der Zeit durchdringen zu wollen. Walter Rathenau hat diesem Verlangen als erster ein festes Programm gegeben in der „neuen Wirtschaft“, die freilich keine Staatswirtschaft sein soll, sondern eine der bürgerlichen Entscheidung aufgestellte Privatwirtschaft, die freilich zur Vermeidung innerer Reibungen und zur Bevielfältigung ihrer Leistungen staatlicher Mitwirkung bedarf.

Doch dürfte es auch notwendig sein, diese Fragen nicht allein unter finanzpolitischen Gesichtspunkten, z. B. der Entschärfung neuer Steuerquellen, zu behandeln, es könnten sich sonst doch Fehler wirtschaftspolitischer Art herausstellen, die sich in ihren Rückschlüssen auf die Durchdringung des Weltmarktes mit unseren Waren bemerkbar machen könnten. Staatsmonopole, denn um diese handelt es sich vielfach, wenn von „organisierter Wirtschaft“ gesprochen wird, können freilich, wenn die betriebswirtschaftlichen Voraussetzungen, die Rohstoffproduktion, Produktion von Massenwaren, als Grundlage angesehen werden, immerhin in der Lage sein, durch vereinfachten, konzentrierten Betrieb gegenüber der einzelwirtschaftlichen, unorganisierten Betriebsweise erheblich billiger zu arbeiten. Das kann besonders dann in die Erscheinung treten, wenn es sich um natürliche Monopolsphäre, z. B. Kali oder die Wasserkraft zur Erzeugung von Elektrizität handelt und da dürfte es als sicher anzunehmen sein, daß die staatliche Bewirtschaftung solcher Sphäre, wenn sie früh genug vorgenommen wird, besonders wenn noch nicht viel private Kapitalien investiert sind, rentabler und ertragsreicher sein kann, als die private Tätigkeit, wie die Geschichte des deutschen Kalibergbaues zeigt.

Das Ausschlaggebende bei der staatlichen Bewirtschaftung irgendeines Industriezweiges wird die natürliche Monopolstellung sein, durch die der Staat dann auch leichter Einfluß auf den Weltmarkt gewinnt. Handelt es sich hingegen um nicht natürliche Monopolsphäre, sondern um Kohlenprodukte,

die wir mit anderen Ländern teilen und mit denen wir auf den Weltmarkt müssen, um unsere Wirtschaft hochzuhalten, so dürfte dann doch wohl der Initiative und dem interessierten Drang der Privatwerke der Vorzug zu geben sein. Die Erfahrung hat es häufiger gezeigt, daß in manchen Industrien, in denen Staatswerke neben Privatwerken arbeiteten, die ersteren infolge einer gewissen Gangsamkeit und man möchte fast sagen, Entschlußunfähigkeit, hinter den Privatwerken zurückblieben. Daß die Arbeiterchaft dabei schlecht fahren würde, bedarf keiner Erläuterung.

Die Frage der Monopole liegt jetzt in der Luft, freilich dürfte auch sie, selbst wenn einige Industrien, wie z. B. Nahrungsmittelindustrie, Zigarettenindustrie in Staatsregie kämen, nicht als Lösung aller Schwierigkeiten anzusehen sein, wie es oft den Anschein hat. Ein größeres Feld für Konzentrierung scheint der Handel zu bieten. Man kann Rathenau zustimmen, wenn er die große Kette zwischen Hersteller und Verbraucher verringert wissen will, zunächst weil die Zwischenstufen das Produkt verteuern und dann um mehr Produktivkräfte für notwendige Teile der Wirtschaft freizumachen. Wir wollen hier nicht unterfragen, ob der Handel als solcher produktiv ist oder nicht; man braucht auch nicht im Interesse der nationalen Wirtschaft mit solcher Schärfe über den Handel zu urteilen, wie es die Finanzzeitschrift „Plus“ in ihrer letzten Nummer tut; wenn sie schreibt: „Dem Händler ist es ganz gleichgültig, ob er mit fremden Landeserzeugnissen oder den Erzeugnissen des eigenen Landes handelt. Daburch, daß er nur Gewicht auf die Größe der Umsätze legt, negiert er jede Bevorzugung und jeden Schutz des heimischen Gewerbestandes.“ Im Interesse der Hebung nationaler Güter könnte der Staat vielleicht einen Teil der Handelsfunktionen übernehmen, vornehmlich, daß er in sich die notwendigen Kräfte zur gesunden Durchführung einer solchen Sache wegt. Wenn schon eine Art für das Monopol auch für die Friedenszeit sein soll, so wäre es wohl der Getreidehandel, der bekanntlich schon im ersten Kriegsjahre monopolisiert wurde.

Eine Zusammenfassung allergrößten Stills wünscht Walther Rathenau in den Berufsverbänden, das heißt in der Zusammenfassung aller Betriebe des gleichen Fabrikationszweiges. Diese Berufsverbände werden wieder zu Gewerbeverbänden zusammengefaßt, zu denen alle Zweige eines innerlich zusammenhängenden Produktionsgebietes gehören. Diese Gruppen stehen unter Aufsicht des Staates, der ihnen dafür große Rechte einräumt. Eine Zwangsmitgliedierung also im Interesse unserer nationalen Wirtschaft. Rathenau führt als Beispiel das verhältnismäßig einfache Baumwollgewerbe an. Bedeutend schwieriger aber liegt die Sache schon in der Eisen- und Metallindustrie mit der ungeheuren Anzahl von Fabrikationszweigen einerseits und den großen gemischten Werken andererseits. Der Berufs- und Gewerbeverband im Sinne Rathenaus verlangt eine fast gleiche Höhe aller Betriebe und Betriebsmöglichkeiten. Das läßt sich in einfacheren Industrien wie das Textilgewerbe es darstellt, vielleicht erreichen. Bei der Metallindustrie, in der viel mehr Möglichkeiten berücksichtigt werden müssen, die auf Leistungsfähigkeit und Rentabilität der Werke Einfluß haben, z. B. nahe Rohmateriallager, gute Wasserzufahrtswege usw. würde sich ein solches gleiches Niveau kaum erreichen lassen. Wollte man es trotzdem zustande bringen, so müßte entweder die Leistungsfähigkeit von ihrer Höhe heruntersteigen oder die schwächeren müßten über Gebühr hochgehalten werden. Immerhin dürften für die Zwangsmitgliedierung der Industrie eine Anzahl Gründe sprechen, die besonders in der Produktions- und handelswirtschaftlichen Vorteilen einer solchen liegen. Die sogenannte Schmelz- und Massenwareindustrie würde dann freilich zu einer solchen starken Organisation mehr Raum bieten können als die Fertigungsindustrie, die unter dem schematischen Zwange an Leistungsfähigkeit einbüßen würde. Daß eine Zwangsmitgliedierung nicht immer Vorteile bietet, zeigen die Vorgänge in der Zementindustrie, die sehr zum Nachteil des ohnehin schon bedrückten Baugewerbes ausfielen.

Ob der Staat nun zu dem Mittel der Zwangssyndikate greift, oder ob er es mit einer loseren Zählungswagne mit den Industriezweigen bewenden läßt, das eine wird unsere Volkswirtschaft fordern, daß aus den Geminnen der Industrie ein gewisser höherer Prozentsatz dem Staate zugeführt wird, und dann würde vielleicht auch ein Gesetz über Dividenden- und Pantiemenhöhe an Platte sein. Das läßt sich nun freilich kaum erreichen, ohne ein gewisses Kontrollrecht des Staates, durch das freilich die Initiative in der Wirtschaft nicht gehemmt werden dürfte. Andererseits sind die Wirtschaftsmöglichkeiten unter einer bestimmten Mitwirkung des Staates denn doch nicht so gehemmt als von den Vertretern des Persönlichkeitsbegriffes häufig darzustellen versucht wird.

Alle Zeichen deuten daraufhin, daß die Konzentration in der Industrie wie auch auf den übrigen Wirtschaftsbereichen, Banken usw. fortgeschritten, eine Tatsache, die wir besonders jetzt in England und Amerika bemerken, gegen welche der Wirtschaftskampf ausgefochten wird. Man braucht sich nicht die Gefahren zu verschleiern, die eine fortschreitende Verkrüppelung für die Konsumenten, Arbeiter- und Angelegenheit mit sich bringt, ebenso, daß der soziale Friede bei solchen Machtgruppen durch Uebergänge leichter gebrochen werden kann. Um dem entgegenzutreten zu können, sollen sich die Arbeiter in immer größerem Maße den Gewerkschaften anschließen und die Staatsbestimmungen müssen dann auch in das Leben dieser Firmen ein-

greifen. Nach der anderen Seite aber würden, wenn unsere neue Wirtschaft nicht einen annehmbaren neuen Zustand schaffen kann, diese Kongerne, Syndikate und Kartelle vorläufig den Damm abgeben gegen die gegenwärtige wirtschaftliche Katastrophe.

Am einschneidendsten wird die neue Wirtschaftsepoche auf die Arbeiterchaft seine Einflüsse haben. Daß auch die Arbeiterchaft alles Interesse daran hat, die nationale Wirtschaft zu heben, gestand offen der Vorsitzende des soz. Holzarbeiterverbandes Velpart. Die christliche Arbeiterchaft hat diesen Standpunkt stets vertreten. Aber es handelt sich bei dieser Frage nicht so sehr um das „Was“, darin stimmt man überein, sondern um das „Wie“. Wie kann die Arbeiterchaft produktiver schaffen, welche Methoden können angewandt werden. Dort scheiden sich die Geister. Das werden wir in der nächsten Nummer darlegen.

## Lehrlingsnöte.

Es ist leider eine traurige Tatsache, daß die verantwortlichen Kreise in Industrie und Handwerk, auch die amtlichen Stellen, bezüglich der Lehrlingsfrage geradezu eine Vogelsträubung treiben. Man jammert in diesen Kreisen oft über die mangelnde Richtigkeit der Gesellen, ohne einsehen zu wollen, daß es in erster Linie ihre Schuld ist, wenn die Gehilfen wenig leistungsfähig sind. Wie jetzt in der Metallindustrie in der Lehrlingenleitung gesündigt wird, welche Opfer den Eltern der Jungen auferlegt werden und welche Profite der Lehrherr unbestimmt um seine Pflichten einsetzt, sollen Beispiele beweisen, welche die Verhältnisse in München durch Erhebungen, welche sich auf alle einschlägigen Fragen im Lehrverhältnis erstrecken, feststellen konnte. Das Ergebnis zeigte eine bedauerliche Fülle von Mängeln, die wir das Material, als Denkschrift bearbeitet, mit den notwendigen Reformvorschlägen dem kgl. Bayerischen Ministerium des kgl. Hauses und des Meusens unterbreiteten. Wir verweisen auf Nummer 11 des Verbandsorgans, wo in dem Artikel „Zur Lehrlingsfrage“ näheres ausgeführt ist. Von dem Ministerium und der Handwerkskammer von Oberbayern wurde uns darauf tunliche Behebung der gerügten Mängel zugesagt. Welche skandalösen Formen die Lehrlingausbildung angenommen hat, sei an folgendem bemerkt:

Bei der Firma G. Rodenkopf, Optische Anstalt in München beträgt die Lehrzeit vier Jahre. Einen Lohn erhalten die Lehrlinge nicht. Wohl aber ist es üblich, daß der Lehrling nach dem ersten Lehrjahr ein „unregelmäßiges Geschenk“ (wie es im Lehrvertrag so schön heißt) ein freiwilliges, jederzeit widerrufliches Taschengeld, bezw. Prämie, von minimaler Höhe erhält. Strafen von 1-2 Mk. für Zuspätkommen oder sonstige Vergehen, Strafen, welche oft höher sind, als der Lohn, sind keine Seltenheit. Das Werkzeug müssen sich die Lehrlinge oft noch selber kaufen, was überhaupt schaffen zu können.

In der einseitigsten Weise ist im Lehrvertrag festgelegt, daß der Lehrling beim sein Stellvertreter im Falle des Berufswechsels vor Ablauf der Lehrzeit eine Entschädigung von 100 Mk. im ersten Jahre, steigend pro Jahr um 50 Mk., bis 250 Mk. im 4. Lehrjahre zu zahlen hat. Entläßt der Lehrherr den Lehrling, so hat dieser dagegen keinen Anspruch auf Entschädigung. Dazu erhalten die Lehrlinge eine ganz einseitige Ausbildung, die nicht als handwerklich bezeichnet werden kann. Mechanikerlehrlinge im dritten Lehrjahre haben noch keine Scharnhutten, sondern lediglich nur Maschinenarbeit verrichtet. Optikerlehrlinge sehen ununterbrochen an der Polier- oder Schleifbank. Die Zahl der Lehrlinge steht zudem in sehr ungünstigem Verhältnis zu den Ausbildungskräften; so z. B. sind in der Photoabteilung 1 Meister, 1 Gehilfe und 16 Lehrlinge beschäftigt.

Die Firma ignoriert bewußt die von ihr bei Abschließung des Lehrvertrages eingegangene Verpflichtung, die Lehrlinge zu tüchtigen, vielseitig vorgebildeten Handwerkern heranzubilden. Ein Großteil der „Ausgelernten“ dieses Betriebes kann, wie die Tatsachen sprechen, anderswo nur als Maschinen- oder gar als Hilfsarbeiter Brot und Arbeit finden.

Welche üppige Blüten die Lehrlingsmühseligkeit treibt, zeigen uns die Scharnhuttenwerke, ein Großbetrieb mit etwa 600 Beschäftigten. Hier treffen im Saal 15 auf einen Meister und drei Gehilfen, sage und schreibe 72 Lehrlinge der Feinmechanik. Im Saal 14 ist es gar noch schlimmer, da dort auf den Meister zirka 50 Lehrlinge kommen, ohne jeden Gehilfen.

Die Lehrzeit beträgt bei dieser Firma vier Jahre. Lohn wird im ersten Lehrjahre nicht, im zweiten dagegen 2 Mk., im dritten 4 Mk. und im vierten Lehrjahre 6 Mk. mäßig gewährt. Daß ein Meister imstande ist, allein 50 Lehrlinge in der ehlen Kunst der Feinmechanik heranzubilden, vermögen wir nicht zu fassen.

In der Elektrotechnischen Fabrik von A. Jertzler beträgt die Lehrzeit wohl nur 3 Jahre, dafür bekommen die Lehrlinge aber keinen Lohn und es muß noch ein Schmelz- von 300 Mark gezahlt werden.





Wann (Eieg). Veranlaßt durch die Käte der Zeit...

Unsporn sein, den letzten Metallarbeitenlehrling dem Verban...

Die Diskussion bewegte sich ganz im Rahmen der Ge...

Wasserraffinerie. Ein neuer Erfolg war den Bemühungen...

Veranstaltungs-Kalender und Bekanntmachungen.

- Freitag, den 19. April 1918: Gelsenkirchen-Kreisstadt, Kalk, Hülsen. Abends 7.30 Uhr...

- Donnerstag, den 28. April 1918: Köln-Roll. Morgens 10.30 Uhr im Lokale Hüntgesberg...

Tüchtiger Elektromonteur für Instandhaltung von Licht- u. Kraftanlagen...

„Das Gewinde“ Vollständigste Nachschlagbuch auf diesem Gebiete...

Arbeiter u. Arbeiterinnen stellt sofort ein Sodafabrik Duisburg-Hochfeld...

KEINELIEBE OLIVE FÜR SORGE Die Brücke zu Frieden und Wohlstand...

Dreher Schlosser Hobler Fräser, Horizontalbohrer, Automonteur...

Kriegsanleihe-Versicherung Man wendet sich sogleich an den Vorstand...

Wachspapiere und Farben für alle Vervielfältigungsapp. Kohlopapier...

Echvom Niederrhein, Duisburg Soeben erschien in 3. verbess. Aufl.

Gewindeschneiden ein Hilfsbuch für Dreher mit vollständigen Tabellen...

Postkarten, Briefblätter und Umschläge empfiehlt in einfacher und farbiger Ausführung...

Ein sehr gut besuchte Versammlung hatte unsere Ortsgruppe am 15. März zu verzeichnen...